

Leseprobe

Karin Wetterau

Neuer Antisemitismus?

Spurensuche in den Abgründen
einer politischen Kampagne

Mit einem Vorwort von Wolfgang Benz

AISTHESIS VERLAG

Bielefeld 2020

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Aisthesis Verlag Bielefeld 2020

Postfach 10 04 27, D-33504 Bielefeld

Satz: Germano Wallmann, www.geisterwort.de

Druck: docupoint GmbH, Magdeburg

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-8498-1701-5

www.aisthesis.de

Wer aber vom Unrecht nicht reden will,
sollte auch vom Antisemitismus schweigen
Horkheimer, reloaded

Adorno wohnt hier nicht mehr
J. Schimmang

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von <i>Wolfgang Benz</i>	9
Streitfall Antisemitismus – ein neuer Historikerstreit?	15
Begegnungen und Irritationen	24
Gespräch unter Freunden	24
Eine amerikanische Jüdin in Berlin	28
Israel-Palästina – Reise in ein zerrissenes Land	29
Zeit der Verleumder: Antisemiten allerorten	37
Die Netanjahu-Note: Kunst- und Meinungsfreiheit versus „subventionierter Antisemitismus“?	38
„Nicht jüdisch genug“ – das Jüdische Museum in Berlin	41
Neue Überwachung, forcierte Denunziation	43
Im Spannungsdreieck strategischer Interessen: Was ist BDS?	50
Israel-Palästina und die Internationale Gemeinschaft	52
Imagekampagnen gegen „Israelfeindlichkeit“	57
Der Anti-BDS-Beschluss des Deutschen Bundestags	59
Umkämpfte Erinnerung	65
Die Neue Linke um 68	66
Israel, die Neue Linke und die Anfänge der Antisemitismusforschung	70
Der Sechstagekrieg und die antizionistische Wende	75
Die starken politischen Begriffe. Zum Verhältnis von Antizionismus und Antisemitismus	79
Deutsche Identität und jüdische Vielfalt	82
Deutsches „Gedächtnistheater“ und jüdisches Unbehagen	82
Zionismus und Antisemitismus – (k)ein Gegensatz?	86
Der Berliner Antisemitismusstreit und die zionistische Idee	88
„Verbrennt mich!“ – Unheilige Allianzen: Die neuen Freunde Israels	90

Neuer israelbezogener Antisemitismus	97
Antijüdische Ressentiments und israelbezogener Antisemitismus	99
Arbeitsdefinition Antisemitismus – Anmerkungen zu einem entgrenzten Begriff	105
Die „islamische Weltrevolution“ und der Kampf der Kulturen	110
 J'accuse oder die „hoffnungslose Naivität für Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten“	120
 Anhang	
1. Bielefelder Appell	126
2. Antwortschreiben Wiebke Esdar, MdB, SPD	130
3. Antwortschreiben Britta Haßelmann, MdB, Bündnis 90/Die Grünen	132
4. Offener Brief an Angela Merkel	133
 Literaturverzeichnis	137

Streitfall Antisemitismus – ein neuer Historikerstreit?

Antisemitismus, Feindschaft und Hass gegenüber Juden, weil sie Juden sind, gehören zu den ältesten wahnhaften Obsessionen, die in einer mehr als 2000-jährigen Geschichte immer wieder ihre vernichtenden Wirkungen entfaltet haben bis hin zur systematischen, fabrikmäßigen Ermordung der europäischen Juden im Nationalsozialismus. Es brauchte den Abstand einer Generation, bevor Antisemitismus nach diesem ungeheuerlichen Ereignis zum Gegenstand der Forschung werden konnte, und weitere zwei Jahrzehnte, bis sich in Deutschland und unabhängig davon auch in Israel ab Mitte der 1980er Jahre ein Forschungsschwerpunkt Antisemitismus – an der TU Berlin mit einem eigenen Institut und dem weltweit ersten Lehrstuhl – etablieren konnte. Stark historisch ausgerichtet, widmet sich die interdisziplinäre Forschung den individual- und sozialpsychologischen Voraussetzungen und Entstehungsbedingungen von Antisemitismus, untersucht unter Bezug auf unterschiedliche Theorietraditionen beispielsweise des Marxismus, der Psychoanalyse, der Frankfurter Schule und der Kritischen Theorie die soziologischen und politischen Aspekte des Themas und fragt nach den Funktionen von Antisemitismus in sozialen und historisch-politischen Kontexten, beispielsweise für die Aufrechterhaltung von politischer Herrschaft. Die nach dem Holocaust unabdingbare Ächtung des „alten“ Antisemitismus führte bekanntlich nicht zu seiner Überwindung, sondern zur Tarnung tradierter Ressentiments und zu einer Transformation in einen neuen Antisemitismus, der sich als solcher nicht mehr ohne Weiteres zu erkennen gibt, ja, sogar bestreitet antisemitisch zu sein. Er äußert „sich nicht nur laut und vulgär, sondern auch subtil und verklausuliert.“¹ Das eröffnet ein neues und weites Spektrum für unterschiedliche Wahrnehmungen, Unterstellungen, Spekulationen und Deutungen. Den Fragen, wann Antisemitismus strafrechtlich relevant ist bzw. welche Straftaten als antisemitisch einzustufen sind und wo die juristisch zu ziehende Grenze zwischen freier Meinungsäußerung, Beleidigung und Volksverhetzung verläuft, ist eine weitere hinzuzufügen: Woran erkenne ich latenten, subtilen Antisemitismus, der vorgibt keiner zu sein und wie lässt er sich wirksam bekämpfen?

1 Josef Schuster. Vorwort zu Samuel Salzborn. Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. 2. Aufl. Weinheim Basel: Beltz Juventa 2020. S. 7.

Darüber ist ein Streit entbrannt, der sich vor allem auf den sogenannten israelbezogenen oder antiisraelischen Antisemitismus fokussiert. Ausgehend von der Annahme, traditioneller Antisemitismus tarne sich derzeit vornehmlich als Kritik an Israel, geraten Kritiker*innen der israelischen Politik schnell unter Antisemitismusverdacht, während der traditionelle rechte und rechtsradikale Antisemitismus aus dem Blickfeld gerät. Ein doppeltes Problem, denn erstens scheint der Antisemitismus von rechts diese Tarnkappe inzwischen gar nicht mehr zu benötigen, sondern agiert rhetorisch und in unmittelbarer Aktion unverhohlen antisemitisch, zweitens ist die behauptete klare Grenze zwischen Israelkritik und Antisemitismus alles andere als eindeutig. Aktuell deutlich wird das an der internationalen Boykottbewegung BDS, die von sich selbst behauptet, Antisemitismus zu bekämpfen, von israelischer Seite und einigen prominenten Wissenschaftler*innen aber als antisemitisch eingestuft wird. Andere, zum Beispiel der Nestor der deutschen Antisemitismusforschung, Wolfgang Benz, viele jüdisch-israelische Wissenschaftler*innen und auch die zuständigen Gremien der EU, das Hochkommissariat für Auswärtige Angelegenheiten widersprechen dem. Dennoch hat sich der Deutsche Bundestag im Mai 2019 eindeutig positioniert und in Form einer Willenserklärung eine Anti-BDS-Kampagne ins Leben gerufen, deren jüngstes Opfer der international angesehen und mit vielen Preisen ausgezeichnete afrikanische Philosoph, Achille Mbembe, geworden ist, zusammen mit der Intendantin der Ruhrtriennale, die ihn als Eröffnungssprecher eingeladen hatte.

Die Ebene der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wurde mit diesem Skandal – nicht zum ersten Mal – furios verlassen, der politische Streit wirkt aber im buchstäblichen Sinn mit Macht auf den wissenschaftlichen Diskurs zurück. „Weltbilder prallen aufeinander“, heißt es im Feuilleton der *WELT*, an anderer Stelle ist von Gesinnungsprüfungen und Hexenjagden auf vermeintliche Antisemit*innen die Rede und manche sehen einen neuen Historikerstreit am Horizont heraufziehen. Eine nicht ganz abwegige Assoziation: In den beiden großen geschichtspolitischen Kontroversen der Bundesrepublik, der sogenannten Fischer-Kontroverse zur Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkriegs und der Historiker-Debatte Mitte bis Ende der 1980er Jahre zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ging es jeweils um mehr als um die Konkurrenz historischer Narrative, es ging um das historisch-politische Selbstverständnis der Republik und die Lehren, die aus der Vergangenheit zu ziehen sind. Mit seinem Buch *Griff nach der Weltmacht* und der These einer alleinigen deutschen Kriegsschuld hatte der Hamburger Historiker Fritz Fischer in den 1960er Jahren nicht nur die konservative Historikerzunft

herausgefordert, sondern den Konsens der jungen Bundesrepublik infrage gestellt, die den Nationalsozialismus nicht in der Kontinuität der deutschen Geschichte, sondern als Bruch, als „Betriebsunfall“ sehen wollte. Auch im zweiten Historikerstreit ging es um das historische Erbe des Nationalsozialismus, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Der konservative Historiker und Faschismusforscher Ernst Nolte hatte die Singularität des Holocaust infrage gestellt und den millionenfachen Nazi-Mord an den europäischen Juden in einen kausalen Zusammenhang mit den stalinistischen Terrorakten in der Sowjetunion gebracht. Der „Klassenmord“ der Bolschewiki“ sei dem „Rassenmord“ der Nationalsozialisten“ vorausgegangen, sei gewissermaßen dessen Folie und Ursache, sodass man fragen müsse, ob nicht der „Archipel Gulag, ursprünglicher als Auschwitz“ gewesen sei. Gegen diese provokanten, „apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“, gegen die bereits die nachgeborene Generation der 68er aufbegehrt hatte, machte nun der Frankfurter Philosoph Jürgen Habermas Front. Er warf Nolte die Relativierung des Holocaust vor und befürchtete eine „Entsorgung der Vergangenheit“ zur Stützung der konservativen Wende in der Ära Kohl. Das Thema Holocaust war in der deutschen Öffentlichkeit, aber auch in der Forschung lange Zeit gemieden und verdrängt worden, hatte aber mit der Ausstrahlung der gleichnamigen Hollywood-Serie 1979 im deutschen Fernsehen und der neunstündigen Dokumentation „Shoah“ von Claude Lanzmann 1985 einen medialen Boom erlebt. Mit einer neuen Generation von Historiker*innen und einer breiten Geschichtsbewegung von unten, lokalen „Geschichtswerkstätten“, hatten sich ein fragiler Konsens des mahnenden Gedenkens und die Einsicht herausgebildet, dass es sich bei der Shoah um ein sich letztlich gegen alle Erklärungsversuche stemmendes „Grenzereignis“ menschlicher Erfahrung handele.² Die Rede Richard von Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes als einem Tag der Befreiung und das salomonische Postulat, dass die nicht abzugeltende deutsche Schuld durch die Übernahme einer besonderen Verantwortung abzugelten sei, hatten diesem Konsens eine Richtung gegeben. Noltés Gleichsetzung von stalinistischem Terror und Holocaust stellte vor diesem Hintergrund eine einzigartige Provokation dar, lag andererseits aber ganz auf der Linie der bisherigen bundesrepublikanischen „Vergangenheitsbewältigung“ im Sinne der Totalitarismustheorie,

2 Der Begriff geht auf den jüdischen Historiker und Holocaustforscher Saul Friedländer zurück. Friedländer hat als Kind, in einem katholischen Internat versteckt, den Holocaust überlebt. Seine Eltern sind vermutlich 1942 in Auschwitz ermordet worden.

volgo Rot gleich Braun, die Antifaschismus nur als Antikommunismus gelten lassen wollte. Dieser Widerspruch brachte die konservativen Verteidiger Noltes in Erklärungsnot, die mit dem Hinweis auf die Freiheit der Wissenschaft, die auch unbequeme Fragen nicht tabuisieren dürfe, elegant gelöst schien, aber „eine polemische Schlacht wechselseitiger Unterstellungen im Feuilleton und in den Leserbriefspalten der großen Tages- und Wochenzeitungen“³ auslöste. Sie zog sich über mehrere Jahre hin. Auf der einen Seite positionieren sich jene, die den „linksliberalen Konsens bekräftigten und das Bekenntnis zur Einzigartigkeit des Holocaust zum Ankerpunkt einer kollektiven post-traditionellen Identität der (West-) Deutschen“⁴ erheben wollten und auf der anderen Seite war das Lager derer, die eine positive nationalgeschichtliche Identitätsstiftung im konservativen Sinn vorantreiben wollten.

Der „neue Historikerstreit“, so es ihn denn gibt, weist erstaunlich viele Parallelen zu seinen Vorläufern auf: Die Unversöhnlichkeit der Positionen, der raue Stil der Auseinandersetzung, die Problematisierung historischer Vergleiche, insbesondere der NS-Vergleiche zu propagandistischen und denunziatorischen Zwecken, das methodische Festhalten an der grundsätzlichen Vergleichbarkeit historischer Ereignisse, die nicht Gleichsetzung und Relativierung bedeutet, sondern Singularität überhaupt erst erfassen kann, und vor allem die Frage nach dem grundlegenden politischen Selbstverständnis der Republik. Daneben unterscheidet sich die Debatte jedoch signifikant von ihren Vorläufern:

Trotz der Brisanz des Themas ist das öffentliche Interesse im Gegensatz zu damals eher gering und auf einen kleinen Kreis von Wissenschaftler*innen, politischen Aktivist*innen und Publizist*innen beschränkt. Vom Streitobjekt BDS, dem Indikator für einen neuen israelbezogenen Antisemitismus, haben viele überhaupt noch nie gehört, was in *grosso modo* die marginale Rolle von BDS in deutschen Zusammenhängen spiegelt. Die entsprechende Beschlusslage in Bund, Ländern und Kommunen wird von einer breiteren Öffentlichkeit daher beiläufig bis gar nicht zur Kenntnis genommen und nicht kontrovers diskutiert.

Die zweifelsfreie Relativierung des Holocaust, wie Nolte sie betrieben hat, war damals politisch und fachwissenschaftlich umstritten, löste aber anders als heute keinen Antisemitismusverdacht aus.

3 Klaus Große Kracht. „Debatte: Der Historikerstreit. Version: 1.0“. In: Docupecta-Zeitgeschichte, 11.01.2010.

4 Kracht (wie Anm. 3).

Die Relativierung wurde in ihrer Bedeutung für das bundesrepublikanische Demokratieverständnis thematisiert, nicht aber in Hinblick auf das Verhältnis zu Israel.

Die Zurückweisung der sachlich nicht haltbaren und geschichtspolitisch problematischen Relativierung führte nicht zur Ächtung der Person Noltes und zog anders als heute keine Auftritts- und Redeverbote in öffentlichen Einrichtungen nach sich. Auch damals gab es politische Interventionen, aber keine übergeordnete Instanz, die den Streit in die eine oder andere Richtung entschieden hätte. Von einigen Schräglagen abgesehen, handelte es sich um einen symmetrischen Konflikt, der argumentativ, wenngleich polemisch, in Form eines grundsätzlich herrschaftsfreien Diskurses ausgetragen wurde. Es ist ein Novum in der Geschichte des geeinten Deutschland, dass eine wissenschaftliche und wissenschaftstheoretische Kontroverse von Staats wegen entschieden wird und die politischen Entscheidungsträger*innen in einer auch auf europäischer Ebene umstrittenen Angelegenheit eine Willenserklärung abfassen und ihre einseitige Positionierung mit administrativen Mitteln exekutieren.

Die politisch-intellektuelle Lagerbildung, die auch im aktuellen Antisemitismusstreit zu beobachten ist, verläuft quer zu den früheren politischen Fronten. Wurde der erste Historikerstreit durch einen „linken“ Angriff ausgelöst, der sich im weitesten Sinn gegen die restaurativen Tendenzen in den ersten zwei Jahrzehnten der Bundesrepublik und den Versuch richtete, diese historisch zu legitimieren, kann der zweite Historikerstreit als erfolgreiche Abwehr eines konservativen Rollbacks verstanden werden. Die Aufarbeitung der NS-Verbrechensgeschichte und die Etablierung der inzwischen weltweit als vorbildlich geltenden Erinnerungskultur war ein linksliberales Projekt, das sich im Koordinatensystem des Kalten Kriegs gegen konservative Widerstände behaupten konnte. Im geeinten Deutschland wurde das mahnende Gedenken zu einem Kernelement des kollektiven Selbstverständnisses oder, wie der Antisemitismusbeauftragte der Bundesrepublik, Felix Klein, es ausdrückt, zum unveräußerlichen Bestandteil der deutschen Identität, die mit einer besonderen deutschen Verantwortung für die Sicherheit Israels als jüdischem Staat verwoben ist. Im „dritten“ Historikerstreit, der sich in einer Endlosspirale um die Definition eines neuen israelbezogenen Antisemitismus dreht, geht es im Kern um diese Frage der deutschen Staatsräson und die Legitimität partikularer israelischer Interessen in Konkurrenz zu universalen völkerrechtlichen Prinzipien. Von konservativen Historiker*innen und Verteidiger*innen der ultranationalistischen und ultrarechten israelischen Politik werden die Kritiker*innen als „westlich programmierte Li-Libs“

[Linke und Linkliberale] abgewertet, die aus „derselben Geschichte“ die falschen Lehren gezogen haben und „den Seinsgrund der jüdischen und israelischen Mehrheit unterminieren“, indem sie post-nationalistische, pazifistische und universalistische Positionen als „ethische Alternative“ vertreten. Dieses „kernwestliche Li-Lib-Muster“ sei die Matrix eines neuen israelbezogenen Antisemitismus und markiere die blinden Stellen des Postkolonialismus, als dessen Vordenker Mbembe ins antisemitische Schussfeld geraten ist. Es werde nicht dadurch gerechtfertigt, dass prominente „israelisch-jüdische Außenseiter“ als „selbsthassende Juden“ einen argumentativen Schutzwall um Antisemiten und Israelhasser bilden.⁵

Möglicherweise zählt der konservative Historiker Wolffsohn dazu auch den jungen israelisch-jüdischen Philosophen mit deutscher Staatsangehörigkeit, Omri Boehm. Ähnlich wie Wolffsohn betont dieser den Widerspruch zwischen dem westlich-liberalen Demokratieverständnis und der Vorstellung von ethnisch-partikularer, homogener Staatlichkeit, wie sie der Definition von Israel als jüdisches Kollektiv zugrunde liegt. Anders als Wolffsohn wendet er dies jedoch nicht polemisch gegen das „Li-Lib-Muster“, sondern spitzt umgekehrt zu: „Zionismus [ist] nicht vereinbar mit humanistischen Werten“⁶, eine theoretische Erkenntnis, die das Existenzrecht Israels gleichwohl nicht infrage stellt:

Ich sehe die historischen Ursachen für seine Gründung, ich sehe die wunderbare Kultur und Gesellschaft, die er hervorgebracht hat. Ich liebe Israel als jüdisch-israelischen Staat. [...] Auf der anderen Seite müssen wir uns fragen als Juden, als Menschen, ob wir eher diesen Werten verbunden sind oder eher den Werten der Menschenrechte, der Gleichheit, der Demokratie. [...] Meine Zweifel [...] haben mit der Frage zu tun, ob Israel der Repräsentant aller Juden auf der Erde zu sein hat. Wir können nicht einfach davon ausgehen, dass wir mit Israel die Juden oder die Menschheit verteidigen. Leider hat Israel einen Widerspruch erzeugt zwischen der Unterstützung der Menschenrechte und der Unterstützung Israels. [...] Wenn viele Deutsche, wie ich glaube, eine besondere Verantwortung und eine besondere Sensibilität aufgrund der deutschen Geschichte zu haben meinen, wie interpretieren sie dann diese Verantwortung? [Handelt es sich] um eine Verantwortung gegenüber Israel und nicht eine allgemeinere Verantwortung?⁷

5 Michael Wolffsohn. „Aus der Geschichte gelernt“. In: NZZ vom 28.04.2020.

6 Natascha Freundel. „Philosoph Omri Boehm. Zionismus ist nicht vereinbar mit humanistischen Werten“. In: Deutschlandfunk vom 08.02.2015.

7 Omri Boehm. „Neue Freunde“. In: Süddeutsche Zeitung vom 30.05.2020.

Die Geschichte gibt nicht vor, welche Lehren aus ihr zu ziehen sind, vielmehr gilt es, die Prämissen und Wertmaßstäbe ihrer Deutung zu klären. Boehm beruft sich hierbei auf Hannah Arendt und Martin Buber, „Denkern, die jedenfalls nicht unberührt waren von der Situation der Juden in Europa“⁸, aber andere Vorstellungen über ein Zusammenleben im damaligen Palästina entwickelt haben, als sie der politische Zionismus vorsieht und praktiziert. Im derzeitigen Streit um den israelbezogenen Antisemitismus überlagern und durchdringen sich solche Perspektiven mit aktuellen Konflikten, die mit der Ankündigung der israelischen Annexionen einen weiteren Höhepunkt erreicht haben. Zwar gibt es den Vorschlag des Historikers Dan Diner, der viele Jahre in Jerusalem gelebt und gelehrt hat, die emotional und politisch hoch aufgeladene Antisemitismusdebatte so zu führen, als gäbe es keinen Nahost-Konflikt und den Nahost-Konflikt, als gäbe es keinen Antisemitismus. Ein solche Entkopplung und Versachlichung ist jedoch nicht in Sicht und unter den derzeitigen Diskursbedingungen auch gar nicht möglich.

Der neue Antisemitismusstreit ist geprägt von einem Klima der Feindseligkeit und des wechselseitigen Verdachts, „dass das Gesagte nicht das Gemeinte ist – dass Kritik an Israel nur ein Vorwand ist, um antisemitische Ideen oder Gefühle zu artikulieren“, während die Gegenseite unterstellt, „der Antisemitismusvorwurf diene nur den Interessen Israels, legitime Kritik zum Schweigen zu bringen.“⁹ Gerade Deutsche ließen sich vor dem Hintergrund ihrer Geschichte aus Scham und einem abstrakten Verantwortungsgefühl durch die Instrumentalisierung von Antisemitismusvorwürfen leicht manipulieren und enthielten sich dank dieser besonderen „deutschen Befindlichkeit“¹⁰ der notwendigen Kritik an der israelischen Politik – auch aus Angst, selbst als Antisemit*innen stigmatisiert zu werden. Umgekehrt wird den Israel-Kritiker*innen eine geradezu obsessive Fixierung attestiert: Israel würde in einer Häufigkeit, Einseitigkeit und Intensität kritisiert, kurz mit doppelten Standards gemessen, was auf eine antisemitische Motivlage schließen lasse und den Versuch darstelle, sich durch eine

8 Boehm (wie Anm. 7).

9 Christian Heilbronn, Doron Rabinovici, Natan Sznaider (Hrsg.). *Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte*. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp 2019. S. 12.

10 Der jüdische Historiker Moshe Zuckermann kritisiert wiederholt die „deutsche Larmoyanz und Befindlichkeit“ u. a. in seinem Werk: *Der allgegenwärtige Antisemit oder die Angst der Deutschen vor der Vergangenheit*. Frankfurt/Main: Westend 2018.

Opfer-Täter-Umkehr von historischer Schuld zu entlasten. Diese Gemengelage wird noch dadurch verkompliziert, dass sich „Israel-Freunde“ und „Israel-Kritiker“ der Zuordnung zu den herkömmlichen politischen Lagern entziehen. Letztere findet man nicht rechts, wie die Annahme nahelegt, „alter Judenhass“ feiere Wiederauferstehung als Israel-Kritik, sondern wie Wolffsohn ausführt, national und international im linken und linksliberalen Milieu. Der „alte“ und immer noch sehr lebendige rassistische Antisemitismus entzieht sich der Aufmerksamkeit und Ächtung vielmehr dadurch, dass er sich seiner besonderen Freundschaft zu Israel rühmt. Das gilt für die AfD ebenso wie für die ultrarechten Populisten vom Schläge Orbáns, Bolsonaro, Salvini und für Steve Bannon, den einstigen Chefberater Trumps, oder für die polnische PIS, aber auch für die fundamentalistischen Evangelikalen, die in den USA eine einflussreiche Wählerklientel Trumps darstellen und auch in Deutschland altchristlichen Judenhass mit forcierter Israelfreundschaft überdecken. Bedeutsam, zunehmend auch im akademischen Bereich, ist eine rechte, „antideutsche“ Strömung ehemals linksradikaler Provenienz, die mit „einer sektiererischen Attitüde der moralischen Überlegenheit [...] „die Auseinandersetzung mit Antisemitismus als identitätspolitische Aufladung inszeniert“¹¹ und sich in „bedingungsloser Solidarität“ mit Israel zu kompromisslosen Verfolger*innen von „Israelhass“ entwickelt hat. Schaut man sich die Hintergründe dieser sonderbaren Bündnisse näher an, was später geschehen soll, zeichnen sich Koalitionen nach dem Motto ab: mein Feind ist dein Feind, mein anti-muslimischer, ultrarechter Nationalismus ist dein anti-muslimischer, ultrarechter Nationalismus, also sind wir Brüder im Geiste.

Wer sich unvoreingenommen auf dieses Minenfeld von „Israelkritik“ und israelbezogenem Antisemitismus begibt, sieht sich auf eine harte Probe gestellt: Wähnte man sich bislang auf der Seite der „Guten“, derer, die sich gegen das Vergessen, gegen Rassismus und Antisemitismus und für mahnendes Erinnern, Frieden und Menschenrechte eingesetzt haben, belehren die neuen Antisemitismusforscher*innen eines Anderen und überführen „Judenhasser allerorten“¹², vornehmlich in den Reihen der offenen Gesellschaft, die aus ebendiesem Grund nicht länger offen bleiben soll. Es hat sich eine Art offiziöses Melde- oder auch Denunziationswesen etabliert, das die

11 Marianne Zepp. „Die Bundesrepublik Deutschland und Israel. Geschichte einer Projektion“. In: Israel und Palästina. Zeitschrift für Dialog. Berlin 2017 H III. Narrative. S. 47.

12 Georg Auernheimer. „Judenhasser allerorten?“ In: Blätter für deutsche und internationale Politik. November 2018.

öffentlichen Auftritte von Wissenschaftler*innen und Kulturschaffenden einem „Lackmustest“ in Sachen Antisemitismus unterzieht und wie im Fall Mbembe den Ausschluss aus dem „steuerfinanzierten Diskurs“ erfolgreich exekutiert. Die Konfliktfälle – sie gehen inzwischen in die Hunderte – werden entlang von Indizienbeweisen entschieden, denen es nicht an hermeneutischer Finesse und semantischer Fantasie fehlt, wohl aber an Evidenz und Plausibilität und zuweilen auch an einfacher logischer Stringenz. Sachliche Feststellungen werden anklagend zum antisemitischen Stereotyp umgedeutet oder auf Verschwörungstheorien zurückgeführt. Die Beschuldigten werden mit Nazi-Vergleichen traktiert, die man in eigener Sache zu Recht als ungeheuerlich zurückweisen würde. Die Benennung von Fakten wird als Dämonisierung interpretiert und das fehlende Schuldbekennnis wird zum Anlass von Håme und persönlicher Diffamierung. Wer sich seiner Sache nicht ganz sicher ist, beeilt sich, nicht zwischen die Fronten oder selbst unter Antisemitismusverdacht zu geraten. Die einfache Formel, die dabei bislang Orientierung bot, ist durch die neueren Entwicklungen allerdings obsolet geworden. Hieß es bisher: „Ich unterstütze die Vorstellung eines jüdischen und demokratischen Staates, lehne die Besatzung ab und hoffe auf eine Zweistaatenlösung“, muss man angesichts der angekündigten völkerrechtswidrigen Annexion feststellen, die „Zweistaatenlösung ist tot“¹³, die Entscheidung, Unrecht wegzureden oder es als solches zu benennen, kann nicht länger auf eine ungewisse Zukunft vertagt werden. Auf dieses Dilemma hat der deutsche Außenminister Heiko Maas bei seinem Besuch in Israel im Sommer 2020 hingewiesen. Dass es sich auch um ein innenpolitisches Dilemma handelt, um eine Werte-Kollision zwischen Staatsräson und Grundrechtsgarantie, ist Anlass für den vorliegenden Einwurf.

13 Boehm (wie Anm. 7).